

Antrag

der Fraktion DIE LINKE

auf Durchführung einer Aktuellen Stunde

zum Thema:

Brandenburgs Energiepolitik in der öffentlichen Diskussion – Entwurf für die „Energiestrategie 2030“ vorgelegt

Begründung:

Im vorliegenden Entwurf für die „Energiestrategie 2030“ sind die Schwerpunkte und Ziele in der Energiepolitik für die nächsten Jahre formuliert. Mit der Energiestrategie 2030 werden die hohen klimapolitischen Zielstellungen des Landes Brandenburg bekräftigt und die bereits mit der Energiestrategie 2020 eingeleitete Energiewende konsequent fortgeführt. Mit der grundsätzlichen Orientierung auf den verstärkten Ausbau erneuerbarer Energien, die notwendige Steigerung der Energieeffizienz und die Energieeinsparung in allen gesellschaftlichen Bereichen ordnet sich die brandenburgische Energiepolitik in den vorgegebenen nationalen und internationalen Rahmen ein.

Eine der zentralen Herausforderungen bei der weiteren Realisierung der Energiewende wird dabei die Systemintegration der Energie aus Wind, Biomasse und Sonne sein. Das bedeutet vor allem, die Entwicklung von innovativen Speichertechnologien sowie den Um- und Ausbau der Netze in den nächsten Jahren massiv voranzutreiben. Von der Geschwindigkeit, mit der der Übergang zu einer versorgungssicheren und nachhaltigen Energieversorgung aus erneuerbaren Energien umgesetzt werden kann, wird es abhängen, ab wann auf fossile Energieträger wie Kohle oder Gas für die sichere und preisgünstige Energieversorgung verzichtet werden kann. Um der dynamischen Entwicklung Rechnung zu tragen, soll in regelmäßigen Abständen der Umbau des Energiesystems überprüft werden, um auf Grundlage der dann vorhandenen höheren Prognosesicherheit weitere Entscheidungen zu treffen. Es wird gleichzeitig darauf ankommen, alle Anstrengungen zu unternehmen, damit erneuerbarer Strom auch möglichst zu allen Zeiten bedarfsgerecht und zu bezahlbaren Preisen zur Verfügung steht.

Der Entwurf der Energiestrategie 2030 orientiert sich an dem Zielviereck aus Umwelt und Klimaverträglichkeit, Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit sowie Akzeptanz und Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Bis Mitte Februar haben deshalb die Abgeordneten des Landtages, die Umwelt- und Wirtschaftsverbände, die Energiewirtschaft, der Nachhaltigkeitsbeirat, die Mitglieder der Umweltpartnerschaft sowie Gewerkschaften und Kammern die Gelegenheit, Stellungnahmen abzugeben, die dann für die endgültige Fassung der „Energiestrategie 2030“ ausgewertet werden sollen. Ziel der Aktuelle Stunde soll es sein, dazu einen konstruktiven Beitrag zu leisten.

Kerstin Kaiser
Fraktion DIE LINKE

Datum des Eingangs: 17.01.2012 / Ausgegeben: 17.01.2012